

Antrittsrede von Björn Peters als neuer Vorstandsvorsitzender des Deutscher Arbeitgeberverband e.V.

Wiesbaden, den 14. August 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 9. Juli 2024 wurde ich von der Mitgliederversammlung zum 1. Vorsitzenden des Deutscher Arbeitgeberverband e.V. gewählt. Ich habe für dieses Ehrenamt kandidiert, weil ich der Überzeugung bin, dass der Verein mehr denn je gebraucht wird. Ehrenamt ist es auch im Wortsinne, weil es eine Gelegenheit bietet, eine 76-jährige Tradition des Einsatzes für die Soziale Marktwirtschaft fortsetzen zu dürfen.

Warum ist dies so wichtig?

Während es in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr Politiker gab, die die Soziale Marktwirtschaft auf den Lippen führten, sie tatsächlich aber aushöhlten, statt sie über den Nachhaltigkeitsgedanken ins 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln, wird heute unser gesamtes westliches Gesellschaftsmodell von innen und außen angegriffen. Dies will ich erläutern.

Warum wir um die Soziale Marktwirtschaft kämpfen

Die Soziale Marktwirtschaft wird oft als Mittelweg zwischen Manchester-Kapitalismus und Sozialismus beschrieben. Doch wird der Kapitalismus unterschätzt. Nach Einführung des Kapitalismus durch Schweden im 13. Jahrhundert, vor allem aber seit die Holländer ihn im frühen 17. Jahrhundert übernahmen, stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung stark an. Davon profitierten vor allem die Ärmsten, die in Lohn und Brot kamen.

Bevor der Kapitalismus entstand, lebten die meisten Menschen auf der Welt in extremer Armut – 1820 betrug die Quote noch 90 Prozent. Heute ist sie unter 9 Prozent gesunken. Das Bemerkenswerte: In den letzten Jahrzehnten, seit dem Ende der sozialistischen Planwirtschaft in China und anderen Ländern, hat sich der Rückgang der Armut so stark beschleunigt wie in keiner Phase der Menschheitsgeschichte zuvor. 1981 lag die Quote noch bei 42,7 Prozent, im Jahr 2000 war sie bereits auf 27,8 Prozent gesunken und heute liegt sie bei 8,5 Prozent.

Dass es im 19. Jahrhundert sehr lange dauerte, bis die Not der Arbeiterschaft gelindert wurde, wird oft einem nicht funktionierenden Kapitalismus angelastet. Tatsächlich ist es umgekehrt: Es dauerte ein Jahrhundert, bis die Ineffizienzen des Feudalismus überwunden werden konnten. Um die Jahrhundertwende ging es dann steil bergan, in der Gründerzeit wuchsen die Einkommen aller Bevölkerungsschichten schnell an, im Jahr 1908 überholte die deutsche die bis dahin führende britische Wirtschaft.

Der Kapitalismus hielt nach dem zweiten Weltkrieg einen Siegeszug, weil die Soziale Marktwirtschaft unserer Gründer Alfred Müller-Armack und Walter Eucken den Kapitalismus mit der katholischen Soziallehre verknüpfte. „Wohlstand für alle“ war kein wohlfeiler Buchtitel, sondern wurde von Ludwig Erhard Zug um Zug umgesetzt.

Anders als dies heute verstanden wird, war für Erhard die Marktwirtschaft als solche „sozial“ – unabhängig von anschließenden Umverteilungsbemühungen, denen er skeptisch gegenüberstand. Es sei sehr viel leichter, so Erhard, jedem einzelnen „aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als sich in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialproduktes abdrängen zu lassen“. Je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik sei, desto mehr werde Sozialpolitik im alten Sinn überhaupt entbehrlich.

Als Physiker ist mir das ganz logisch. Die Wohlstandsverteilung ist immer ein Potenzgesetz. Wenn es allen besser geht, dann profitiert vor allem das ärmste Fünftel! Deswegen ist Sozialneid auch so dumm und unnötig.

In den 1970er-Jahren wurde der soziale Gedanke pervertiert. Hilfe in Notlagen wandelte sich zu einem selbstverständlichen Recht gegenüber der Allgemeinheit. Heute werden über das Sozialsystem fabelhafte 1200 Milliarden Euro jährlich umgesetzt, und der Trend geht weiter nach oben.

Es rächt sich nun, dass nicht rechtzeitig erkannt wurde, dass es entweder einen Sozialstaat oder offene Grenzen geben kann, aber nicht beides zusammen: Die Hälfte der Zahlungen an Bürgergeld gehen an Empfänger, die nicht in Deutschland geboren sind. Zusätzlich weitet sich die Rentenlücke von Jahr zu Jahr aus und muss durch Steuerzuschüsse gestopft werden.

Auch die Energiepolitik verursacht Kosten von deutlich mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr. Die Wette auf wetterabhängige Energien geht technisch auf, wirtschaftlich führt sie auch langfristig zu etwa 4-5-fach höheren Energiekosten als Länder, die auf eine Energiewende verzichten oder sie mit Kernkraft umsetzen.

Ohne preiswerte Energie funktioniert aber keine Zivilisation. Dass wir die Energiepolitik nach der Strategie „jugend forscht“ betreiben, ist unverzeihlich.

Gleichzeitig entkernen wir die Industrie durch eine weltfremde Klimapolitik und durch wachsende Regulierungsdichte. Mit zehntausenden Gesetzen und Verordnungen wird die deutsche Wirtschaft stranguliert.

Ob Wirtschaft und Gesellschaft diese Herausforderungen überleben, ist keineswegs ausgemacht. Vielleicht ist es schon zu spät, um Deutschland vor dem Absturz zu bewahren. Wir werden dies erst in ein paar Jahren wissen. Nur eines ist sicher: Wenn wir nicht eine Renaissance westlicher Werte und der Sozialen Marktwirtschaft herbeiführen, wird es auch kein anderer tun. Hier liegt unsere Verantwortung im Hier und Heute.

Sozialismus und Korporatismus verwischen Selbstverantwortung

Das Motto des Deutscher Arbeitgeberverband e.V. lautet „Ich trage selbst die Verantwortung für mein Leben“. In der Sozialen Marktwirtschaft schultern Unternehmer die Verantwortung für das wirtschaftliche Wohlergehen eines Landes. Sie haften dabei für Schäden, die sie anrichten, ihnen bleibt im Erfolgsfall aber auch ein attraktiver Lohn für ihre Arbeit.

Sowohl der Sozialismus als auch der Korporatismus höhlen diese Verantwortung aus. Zunächst zum Sozialismus, der heute selten in der klassischen Form daherkommt, Enteignung und Verstaatlichung von Produktivkapital zu fordern. Der Staat kann auch über immer weiter ausufernde bürokratische Regelungen die Verfügungsgewalt des Unternehmers über das Produktivkapital immer weiter einschränken, bis hin zur Kriegswirtschaft national-sozialistischer Prägung, wie sie zuletzt auch von den Propheten des Schrumpfens gefordert wird. Unternehmer mögen noch formell Eigentümer sein, aber in Wahrheit werden sie immer mehr zu Agenten der Staatstätigkeit: In der Marktwirtschaft entscheiden die Unternehmen und letztlich die Konsumenten, was produziert wird. In der modernen Form der Planwirtschaft entscheiden dies Politiker und Beamte. Das Verbot der Neuzulassung von Verbrennermotoren in der EU ab 2035 ist ein Beispiel. Auch Immobilieneigentümer werden immer mehr zu bloßen Verwaltern, denn der Staat legt die Miethöhe fest oder macht Vorgaben über Umfang und Zeitpunkt der Sanierung. Wir befinden uns mitten in dem Prozess, den Ludwig von Mises als „Interventionsspirale“ bezeichnet hat.

Auf der anderen Seite wird Verantwortung auch durch Korporatismus ausgehöhlt. Im Englischen hat sich dafür der Begriff „crony capitalism“ etabliert, also ein stillschweigendes, „kumpelhaftes“ Einverständnis zwischen Unternehmern und Politikern, die gemeinsam dafür sorgen, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Deswegen ist der englische Begriff auch irreführend: Mit dem auf Haftung und Eigenverantwortung setzenden Kapitalismus hat ein solches Verhalten zumeist von angestellten Managern – zuletzt in der Finanzkrise beispielhaft vorexerziert – nichts zu tun. Damals hatten Banken ihre Spielräume fahrlässig genutzt und standen vor ihrer Vernichtung, nur massiver Einsatz von Steuergeldern konnte viele Institute vor dem Untergang retten.

Korporatismus ist daher auch eine Form von Sozialismus. Wichtig ist deswegen festzuhalten, dass Korruption deswegen befördert wird, weil der Staat zu stark ist. Korporatismus als Form der Korruption widerspricht den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Gegen sowohl Sozialismus als auch Korporatismus hilft ein schlanker Staat, der sich neben den Kernthemen Justiz, innere und äußere Sicherheit, Außenbeziehungen, Infrastruktur und Wirtschaftsordnung, vielleicht noch um Bildung und Forschung, um nichts sonst kümmert.

Daher machen wir uns zum Ziel, Ideen zu entwickeln, wie wir die **Staatsquote halbieren** können.

Wokeismus höhlt die westlichen Werte von innen aus

In den letzten Jahren schwappt eine Welle aus den USA über England zu uns nach Deutschland, die sich „woke“ nennt, also erwacht. Tatsächlich handelt es sich hierbei um eine geschichtsvergessene Ideologie, die entscheidende westliche Werte zurückdrehen möchte auf Zeiten vor dem Christentum.

Das Entscheidende dabei: Die Woken führen wieder die entsetzliche Kategorisierung der Menschen in Rassen, Klassen und Geschlecht ein. Sie bewerten also die Menschen nicht als Individuum, sondern als Zugehörige einer Gruppe, von denen „bessere“ einen Opferstatus genießen und die „schlechteren“ automatisch Täter sind.

Dies versucht eine der beiden wesentlichen Errungenschaften des Christentums umzukehren. Jesus Christus hat nicht nur die Trennung von Kirche und Staat bewirkt – davon wird noch zu reden sein – sondern auch die Gleichheit des Menschen vor Gott verkündet. Dies war eine Idee mit so großer Strahlkraft, dass sie wesentlich zur Verbreitung des Christentums beigetragen hat.

Wer heute „woke“ ist, versucht, diese Gleichheit vor Gott, die sich seither zu einer Gleichheit vor dem Gesetz weiterentwickelt hat, aufzuheben. Frauenquoten in privilegierten Positionen sind auch bei uns schon lange ein Ausfluss dieses Denkens.

Die „Woken“ gehen aber noch weiter. Sie wollen uns beispielsweise einreden, dass es unzählige Geschlechter gebe, dass aber das Geschlecht dann doch nur ein soziales Konstrukt, ein fluider Willensakt sei, der jeweils zu respektieren sei.

Bemerkenswert ist auch, dass die Woken sagen, unser Reichtum sei nur durch das Ausbeuten der Kolonien geschaffen worden. Diese wirre Idee zeigt erhebliche Wissenslücken und Denkfehler auf.

Das Argument, Kapitalismus beruhe auf Kolonialismus, wird auch schon dadurch entkräftet, dass sich führende Kolonialmächte wirtschaftlich schlechter entwickelten als etwa Schweden, Dänemark und Österreich, die kaum kolonialen Besitz hatten. Die ursprünglich führenden Nationen Großbritannien, Niederlande und Frankreich fielen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts relativ gesehen zurück. Portugal und Spanien, die ersten imperialistischen Mächte mit Kolonien von Mexiko bis Macau, waren zum Zeitpunkt der Entstehung des Kapitalismus die ärmsten in Westeuropa.

Nordamerika bzw. die Vereinigten Staaten waren, um es in der Sprache der antikapitalistischen Kolonialismuskritiker zu sagen, nicht „Täter“, sondern sie gehörten zunächst selbst zu den Opfern des Kolonialismus. Ihre eigenen kolonialen Aktivitäten spielten für die USA und ihre wirtschaftliche Entwicklung eine völlig untergeordnete Rolle. Und auch wenn heute viel über die koloniale Vergangenheit Deutschlands geredet wird, spricht die Tatsache, dass Deutschlands koloniale Unternehmungen seit den 1880er Jahren von geringer wirtschaftlicher Bedeutung waren, gegen die Betonung des Kolonialismus als Wurzel des Kapitalismus.

Deutschland hatte Kolonien nur bis 1918. Davor hat Deutschland netto kaum Nutzen aus den Kolonien gezogen, dafür hohe Summen in die dortige Infrastruktur investiert und Linguisten in die Kolonien geschickt, um die Sprache der jungsteinzeitlich lebenden Bewohner festzuhalten und zu verschriftlichen. Kaiser Wilhelm II. beklagte sich einmal über die hohen Kosten der Kolonien, die für den Bau von Eisenbahnlinien und Straßen anfielen. Deutschland konnte sie sich wegen eines enormen Wirtschaftsaufschwungs aber leisten.

Zweitens schwingt bei den Woken der sozialistische Grundirrtum mit, Wirtschaft sei ein Nullsummenspiel: Ich bin reich, weil du arm bist, und umgekehrt. Tatsächlich ist Wohlstand, wie bereits erwähnt, nach einem Potenzgesetz verteilt. Mehr Reiche bedeutet daher immer auch, dass es den Armen besser geht. Zumindest wenn es ein Recht auf Eigentum und Vertragsfreiheit gibt, dann profitieren alle vom Wohlstand. Dies ist aber weder das Ziel feudaler Herrscher noch der Sozialisten. Uns ist es Verpflichtung.

Der Nullsummenglaube ist die Basis aller sozialistischen Umverteilungsideen. Klassisch hat Berthold Brecht dieses Denken in seinem Gedicht „Alfabet“ formuliert:

„Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an,
und der Arme sagt bleich:
Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

So stellen sich viele „Intellektuelle“ das Wirtschaftsleben vor. Die reichen Länder müssen demnach den armen Ländern etwas von ihrem Wohlstand abgeben und die reichen Menschen den Armen. Aus ihrer Sicht liegt es nur am Egoismus und am mangelnden guten Willen der Reichen, wenn es immer noch so viele Arme gibt. In der Tat basierte in früheren Gesellschaften Reichtum oft auf Raub – die einen bereicherten sich auf Kosten der anderen. Das Marktsystem funktioniert dagegen vollkommen anders. Es beruht darauf, dass derjenige reich wird, der die Bedürfnisse von möglichst vielen Konsumenten befriedigt. Das ist die Logik des Marktes.

Dieses Nullsummendenden ist übrigens auch die Basis des Neides. Wir leben in einer Neidgesellschaft. Täglich fordern Politiker höhere Steuern und mahnen an, „die Reichen sollten endlich auch ihren Beitrag leisten“. So als ob sie dies nicht längst tun würden! Die 1% der Bestverdiener, und ich hoffe, wir haben einige davon in diesem Saal, zahlen 22% der Einkommensteuer.

Der Historiker und Soziologe Rainer Zitelmann hat auf Basis umfassender Meinungsumfragen in 13 Ländern verglichen, wie verbreitet der Sozialneid ist. Ergebnis: Nur die Franzosen sind noch neidischer als wir Deutschen, während zum Beispiel in unserem Nachbarland Polen der Neid deutlich schwächer ausgeprägt ist.

Drittens ist die Kolonialzeit seit vier bis fünf Generationen vorbei. Selbst wenn unsere Vorfahren Unrecht begangen hätten, gibt es keinen Grund, sich noch heute schuldig zu fühlen. Übrigens waren viertens mehrere der Kolonialkriege, die Deutschland zur Last gelegt werden, Kriege gegen Sklavenhalter und deren Verbündete. Auch Deutschland versuchte wie andere Kolonialmächte der Zeit, den Sklavenhandel, der zumeist in arabischer Hand war und dort noch heute vereinzelt existiert, aktiv zu bekämpfen. Darauf dürfen wir heute sogar stolz sein.

„Woke“ kann man also nur bekämpfen, wenn man sich der Errungenschaften des christlich-jüdischen Abendlandes wieder bewusst wird. Lange waren diese so selbstverständlich, dass wir uns nicht um sie kümmern mussten. Sie waren wie die Luft zum Atmen einfach da.

Es hat Gründe, warum die westliche Gesellschaft eine solch starke Strahlkraft auf Menschen in aller Welt ausübt. Damit wir dieser Strahlkraft gerecht werden, müssen wir uns heute wieder auf unsere wesentlichen Stärken besinnen: Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Wissenschaftlichkeit, starke staatliche Institutionen, Kultur, Teilhabe, Selbstverantwortung. Es lohnt sich, sich diese Stärken erneut anzueignen und für sie zu kämpfen.

Islamismus zerstört westliche Errungenschaften

Wenn durch die Straßen von Hamburg und Essen Demonstranten ziehen, die die Einführung eines Kalifats fordern, ist dies keine Kleinigkeit. Ein Kalifat ist ein Gottesstaat mit einem Führer an der Spitze, der allein den Willen Gottes entschlüsseln kann. Gottkönige kennen wir nur aus der Frühgeschichte: Die heidnischen Kaiser Roms waren Götter, ebenso die altorientalischen und ägyptischen Herrscher. Der Islam hat in seiner Frühzeit diese Gottkaiser durch religiöse Führer ersetzt, die auch die weltlichen Angelegenheiten regeln sollten. Im Kern blieb es aber dabei, dass der politische Führer auch der religiöse Führer ist und umgekehrt.

Das Christentum hatte dagegen schon von Beginn an auf eine Trennung von Kirche und Staat gesetzt. Jesus Christus sagte: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Als Papst Johannes XII. im Jahr 964 versuchte, sich zum weltlichen Anführer aufzuschwingen, wurde ihm eine Tiara mit Eselsohren aufgesetzt und er wegen Unzurechnungsfähigkeit seines Amt enthoben.

Die radikalen Islamisten befürworten also allen Ernstes für die Lösung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine antike Staatsform. Man könnte darüber lächeln, wenn die Demografie nicht so stark auf Seiten der Muslime wäre. Muslimische Frauen gebären bei uns mehr Kinder als „biodeutsche“, Muslime könnten also noch in diesem Jahrhundert in Deutschland die Mehrheit stellen und die Herrschaft erst demokratisch übernehmen, um dann ein totalitäres Herrschaftssystem wie im Iran einzuführen.

Ein solches Herrschaftssystem wäre das Ende der Zivilisation. Unsere Zivilisation im Westen hatte ein hoch innovatives Mittelalter, ohne das weder Renaissance, noch Aufklärung und Technisierung noch die Herausholung fast aller Menschen weltweit aus bitterster Armut möglich gewesen wäre. Der Islam hatte all dies nur in seiner Frühzeit und blieb deswegen in seiner Entwicklung seit etwa dem Jahr 1400 stehen.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrtausends entwickelte der Westen unterdes Errungenschaften, die leider den wenigsten bekannt sind. Stattdessen wurde das Mittelalter als „finster“ denunziert. Gerade Immanuel Kant hatte hier großen Anteil.

Doch zurück zu den Innovationen des abendländischen Mittelalters. Zu nennen sind erstens Institutionen: Der König war also nicht nur so mächtig, wie sein Arm reichte, sondern begründete seinen Herrschaftsanspruch auf der Institution König-tum.

Zweitens schaffte die Inquisition aus den römischen Vorläufern des Rechtssystems ein Gerichtsverfahren, in dem alle Seiten zu Wort kamen.

Drittens entwickelte sich aus der Beschäftigung mit der biblisch verkündeten Endzeit die exakte Naturbeobachtung, ohne die sich die modernen Naturwissenschaften nicht hätten entwickeln können.

Viertens musste sich präzises Denken erst entwickeln. Karl der Große hatte dem Vorschub geleistet, indem er all seinen Bischöfen und Grafen befahl, kostenlose Lateinschulen für begabte Jungen und Mädchen (!) einzurichten. Karl hatte erkannt, dass das damals vorherrschende Gotisch nicht komplex genug war zum Denken komplexer Gedanken. Dadurch wurde Latein europaweit zur Sprache der Gebildeten. Aber erst die Scholastiker entwickelten Jahrhunderte später die Präzision des Denkens, die für den Aufstieg Europas zur Weltmacht entscheidend war.

Fünftens, aber sicher nicht abschließend, entwickelte sich aus dem einstimmigen Mönchsgesang die Vielstimmigkeit, wo mehrere Vokal- oder Instrumentalstimmen gleichberechtigt miteinander und gegeneinander musizieren. Westliche Musik ist die einzige, die eine komplexe Harmonik entwickelt hat.

Der Islam kennt all dies nicht. Dadurch hätte es unter dem Islam keine technisch-naturwissenschaftliche Revolution wie seit dem 18. Jahrhundert geben können. Woher im Kalifat die Smartphones und Autos kommen sollen, wenn alle westlichen Werte vernichtet sind, darüber denken radikale Islamisten wohl kaum nach.

In aufgeklärten muslimischen Gesellschaften wie den Vereinigten Arabischen Emiraten sind diese Zusammenhänge übrigens gut bekannt. Und wir sollten uns immer dessen bewusst sein, dass die muslimischen Einwanderer der ersten Generation vormittelalterliche Gesellschaften bewusst verlassen haben, weil sie nach den individuellen Freiheitsrechten der westlichen Gesellschaften strebten. In diesen Zuwanderern haben wir Verbündete gegen eine radikale Islamisierung, und mit ihnen sollten wir uns daran machen, einen neuen ‚*Contract Social*‘ auszuhandeln, der auf den westlichen Werten beruht und diese für künftige Generationen bewahrt. Die Beschäftigung mit den Errungenschaften des Christentums, des Mittelalters und der frühen Neuzeit ist dafür unabdingbare Voraussetzung.

Es bedarf einer neuen Renaissance des Westens

Beim Deutschen Arbeitgeberverband setzen wir uns seit 1948 für die Soziale Marktwirtschaft ein. Im vergangenen Jahrzehnt kam hinzu, den Gedanken der Nachhaltigkeit und den Respekt vor den planetaren Grenzen ins Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einzuarbeiten. Als Ergebnis haben wir die ersten Beiträge zum Ökologischen Realismus vorgestellt, der eine technologische und politische Strategie darstellt, um für alle Menschen weltweit ein Leben in Wohlstand und in einer intakten Umwelt zu ermöglichen.

Der Kerngedanke des Ökologischen Realismus lässt sich einfach zusammenfassen: Oberstes humanitäres Ziel muss sein, allen Menschen der Welt ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen. Damit dies die planetaren Grenzen nicht sprengt, müssen wir uns auf die Suche nach Technologien zur Gewinnung von Nahrung, Rohstoffen und Energie machen, die kompakt, kreisläufig und kostengünstig sind.

Dann setzen sie sich am Markt sprunghaft durch und das Ziel weltweiten Wohlstands lässt sich erreichen.

Heute müssen wir das Ziel weiter fassen. Es geht darum, nicht nur Wirtschaft und Umwelt, sondern auch die Gesellschaft vor ihren Feinden zu schützen und eine Renaissance des christlich-abendländischen Wertesystems herbeizuführen.

Halten wir nochmals fest: Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft werden durch Sozialismus, Korporatismus, Wokeismus und Islamismus angegriffen. Es erfordert all unsere Kraft, diese Angriffe abzuwehren und das Ende der modernen Zivilisation abzuwenden.

Hierzu werden wir einige Initiativen starten. Es geht darum zu lernen, was das westliche Wertesystem eigentlich ausmacht, zu verändern, was besser funktionieren muss, und uns mit vielen Mitstreitern in ganz Europa zu vernetzen, um politische Mehrheiten zu schaffen, die eine abendländische Renaissance ermöglichen.

Hierzu laden wir ein mitzumachen. Wir freuen uns über Anregungen, Mitarbeit und Spenden für unsere Aktivitäten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!